

Hoffen auf Hamburg – Deutsche Präsidentschaft muss G20 auf nachhaltigen Entwicklungskurs steuern

September 2016

STELLUNGNAHME ZUM G20-GIPFEL IN HANGZHOU UND AUSBLICK AUF DIE DEUTSCHE G20-PRÄSIDENTSCHAFT

Die Ergebnisse des Gipfeltreffens der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) in Hangzhou sind mit Blick auf die Perspektiven nachhaltiger Entwicklung enttäuschend. VENRO erwartet nun von der Bundesregierung, die am 1. Dezember 2016 die G20-Präsidentschaft übernimmt, ambitionierte thematische Schwerpunkte zu setzen, die die Rolle und Verantwortung der G20 für eine global nachhaltige Entwicklung betonen. VENRO sieht sechs zentrale Themenfelder, zu denen die Bundesregierung im kommenden Jahr besonders aktiv werden muss, um die G20 auf nachhaltigen Entwicklungskurs zu steuern:

- Umsetzung der Agenda 2030
- Finanzmarktregulierung und Entwicklungsfinanzierung
- Klimaschutz und Dekarbonisierung der Wirtschaft
- Gesundheit
- Wirtschaftliches Empowerment von Frauen
- Partizipation der Zivilgesellschaft

In diesen Politikbereichen sind Fortschritte der G20 notwendig, um die weltweite Armut und die wachsende soziale Ungleichheit zu überwinden und die planetarischen Grenzen zu wahren. Dazu gehört auch, dafür zu sorgen, dass Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards flächendeckend eingehalten werden. Außerdem muss die G20 ihre Politik im Sinne der Nachhaltigkeit deutlich kohärenter gestalten und dies nicht nur als Herausforderung formulieren, sondern entsprechende Kohärenzkonzepte entwickeln und umsetzen. Nur dies kann allen Menschen der heutigen und der künftigen Generationen weltweit ein menschenwürdiges,

sicheres und gesundes Leben ermöglichen. Wir unterstützen darüber hinaus das Anliegen der Bundesregierung, den G20-Gipfel zu nutzen, um die Ursachen und Folgen von Flucht und Migration in diesem internationalen Rahmen zu erörtern und Lösungen zu suchen.

Umsetzung der Agenda 2030

Ein wesentlicher Impuls für eine Kurskorrektur in Richtung Nachhaltigkeit ist die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung, deren umfassende Umsetzung erklärtes Ziel der G20 ist. Mit dem Aktionsplan zur Agenda 2030 legen die G20 jetzt eine Bestandaufnahme der Maßnahmen vor, die aus ihrer Sicht dazu beitragen, die Ziele der Agenda 2030 zu erreichen. Auch sollte die enge Abstimmung aller Aktivitäten im Rahmen der Vereinten Nationen gewährleistet sein. VENRO begrüßt dies ausdrücklich als ersten Schritt zu einem gemeinsamen Vorgehen der G20 bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda. Weitere Schritte müssen nun aber dringend folgen. VENRO begrüßt außerdem, dass die G20 sich in ihrem Aktionsplan dazu bekennen, alle ihre Maßnahmen an den Grundsätzen der Agenda 2030 auszurichten, insbesondere auch am Inklusionsprinzip („leave no one behind – niemanden zurücklassen“). Die Bundesregierung sollte darauf drängen, dass zügig Maßnahmen entwickelt bzw. bestehende so ausgerichtet werden, dass die ärmsten und am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen zuerst und überproportional von allen Aktivitäten profitieren.

Ernährung und Landwirtschaft sind zentrale Politikfelder der Agenda 2030. VENRO begrüßt, dass die G20 Ernährungssicherheit und ländliche Entwicklung auch weiterhin als wesentliche Schwerpunkte ihrer Arbeit betrachten und in diesem Zusammenhang die Rolle von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern für die Entwicklung anerkennen. Nach wie vor sind diese aber am stärksten von Hunger und Mangelernährung betroffen. Daher sollte die Bundesregierung ihre G20-Präsidentschaft nutzen und sich dafür einsetzen, die Rolle und die Potentiale von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zu stärken, insbesondere mit Blick auf die Bekämpfung von Hunger und Mangelernährung. Dazu sollten die bisherigen G20-Dokumente zur Ernährungssicherung auf ihre Kohärenz mit der Agenda 2030, insbesondere zum SDG 2, überprüft und angepasst werden. Auch sind die G20 aufgefordert, die Freiwilligen Leitlinien der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) zur Landnutzung umzusetzen und erheblich mehr finanzielle Mittel als bereits beim „Nutrition for Growth Summit“ und im Rahmen der G7 zugesagt für die Bereiche Ernährung, kleinbäuerliche Landwirtschaft und Bodenfruchtbarkeit bereitzustellen und diese auch über konkrete und terminierte Maßnahmen zielgerichtet zu verausgaben.

Besonders enttäuschend ist, dass die G20 unvermindert an einem auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaftsmodell und damit an einem die planetarischen Grenzen weit überschreitenden Ressourcenverbrauch festhalten. Spätestens mit dem Auslaufen des kollektiven Wachstumsziels von zwei Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) im Jahr 2018, das sie in Hangzhou bestätigt haben, sollten die G20 Strategien und Maßnahmen für eine inklusive, menschen-, klima- und umweltgerechte Wirtschaftsweise verstärkt erarbeiten und umsetzen. Die Bundesregierung sollte im Rahmen ihrer G20-Präsidentschaft dafür werben, ein sozial-ökologisch nachhaltiges Wirtschaftsmodell zu entwickeln.

Eine sozial-ökologische Wirtschaftsweise umfasst, verbindliche Transparenzvorgaben zu schaffen und menschenrechtliche, soziale und ökologische Mindeststandards einzuhalten. Die Bundesregierung sollte sich deshalb bei den G20 für ein verantwortungsvolles Lieferkettenmanagement, die Stärkung der Nationalen Kontaktstellen zur Umsetzung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und deren Arbeit als außergerichtlichen Beschwerdemechanismus einsetzen. Insbesondere sind Fortschritte bei der Entwicklung eines gemeinsamen G20-Verständnisses von Sorgfaltspflicht (Due Dilligence) notwendig. Sie sollte zudem beispielgebend vorangehen und spätestens bis zum Beginn ihrer G20-Präsidentschaft die Verhandlungen zum Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) abschließen und einen ambitionierten, verbindlichen den menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten gerecht werdenden, nationalen Aktionsplan vorlegen.

Finanzmarktregulierung und Entwicklungsfinanzierung

Es bleibt eine zentrale Herausforderung für die G20, die internationalen Finanzmärkte dauerhaft zu stabilisieren. VENRO begrüßt deshalb, dass die G20 die systemischen Gefahren erkennen, die von der Volatilität der Finanzströme ausgehen. Das „globale Sicherheitsnetz“ des Internationalen Währungsfonds (IWF), die Aufwertung der IWF-Sonderziehungsrechte und die Stärkung regionaler Finanzinstitutionen sind in diesem Zusammenhang wichtige stabilisierende Maßnahmen. Regelungsbedarf existiert aber vor allem noch beim stetig wachsenden Bereich der marktbasierenden Finanzinstitutionen. Derzeit zögern insbesondere die Schwellenländer innerhalb der G20, hier weitergehende Regulierungen zu vereinbaren.

STELLUNGNAHME

Entwicklungsländern gehen jährlich 100 bis 200 Milliarden US-Dollar durch die Steuervermeidung multinationaler Konzerne verloren. VENRO begrüßt deshalb, dass die G20 sich dazu bekennen, die Steuervermeidung dieser Unternehmen einzudämmen. In diesem Zusammenhang ist es positiv, dass die G20 den automatisierten Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden schnell umsetzen wollen. Es bedarf aber Regelungen, die über das OECD-Programm zu „Base Erosion and Profit Shifting“ hinausgehen und alle Länder einbeziehen. Die Bundesregierung sollte sich deshalb bei den G20 dafür einsetzen, eine internationale Steuerorganisation unter dem Dach der UN zu schaffen.

Auch neue Staatsschuldenkrisen bedrohen die globale Finanzstabilität. Die chinesische G20-Präsidentschaft hat diese Herausforderung daher zurecht zum Thema des Gipfelprozesses 2016 gemacht. Die vereinbarten Maßnahmen wie die Stärkung von Collective Action Clauses (CAC) und die Erweiterung des Pariser Clubs müssen aber langfristig ergänzt werden. Wir begrüßen deshalb die Ankündigung der Bundesregierung, sich auch im Rahmen ihrer G20-Präsidentschaft den Herausforderungen von neuen Staatsschuldenkrisen zu widmen. Sie sollte in diesem Zusammenhang auch ihre Position zu einem umfassenden Staaten-Entschuldungsmechanismus überdenken.

Ein Lichtblick für nachhaltige Entwicklung könnte der Beschluss der G20 sein, weiter im Rahmen ihrer „Green Finance Study Group“ an der Stärkung nachhaltiger Finanzinvestitionen zu arbeiten. Waren bislang die Bemühungen der G20 um höhere Investitionsvolumina im Bereich Green Finance eher als Feigenblätter einer Ökologisierung ihrer ressourcenintensiven Wachstumsagenda zu sehen, könnte die Aufwertung der Studiengruppe – in Verbindung mit der Abschaffung der globalen Überkapazitäten beispielsweise in der Stahlindustrie – ein wichtiger Impuls für ressourcenschonendes Wirtschaften sein.

Die G20 könnten für die nachhaltige Entwicklung allerdings noch mehr tun, indem insbesondere die Industrieländer der G20 endlich ihrer Verpflichtung nachkommen, 0,7 Prozent des BNE für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) bereitzustellen. Darüber hinaus haben sie sich mit der Addis Abeba Action Agenda (AAAA) verpflichtet, 0,15 Prozent bis 0,2 Prozent des BNE für die am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries, LDC) zur Verfügung zu stellen. VENRO bedauert, dass sich im Kommuniqué von Hangzhou keine Aussagen dazu finden. Die Bundesregierung sollte während ihrer G20-Präsidentschaft einen konkreten Zeitplan vorlegen, wie sie bis 2020 das 0,7-Prozent-Ziel und das LDC-Ziel erreichen

will. Zudem muss sie alle G20-Länder davon überzeugen, ihrem Beispiel folgen. Die Zielmarke sollte die Bundesregierung erreichen, ohne Leistungen anzurechnen, die nicht direkt dazu beitragen, die Lebensbedingungen der Menschen in den Entwicklungsländern zu verbessern, wie beispielsweise die Aufwendungen für nach Deutschland geflüchtete Menschen.

Klima

Die Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens durch China und die USA ist ein wichtiges Signal, dass das Abkommen auch von den großen Treibhausgasemittenten ernst genommen wird. Deshalb ist es besonders enttäuschend, dass die G20 sich in Hangzhou nicht auf kurz- oder mittelfristige Klimainitiativen verständigen konnten. Die G20 einigten sich lediglich darauf, Subventionen für fossile Energieträger mittelfristig abzubauen und sich dabei wechselseitig zu überprüfen. Die Bundesregierung sollte bei den G20 darauf drängen, dass fossile Subventionen bis 2018 beendet werden und dass die G20 ebenfalls bis 2018 Strategien erarbeiten, die darauf abzielen, die Temperaturerhöhung auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen.

Der Abbau fossiler Subventionen allein reicht nicht aus, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Die G20 sollten sich deshalb auf ambitioniertere nationale Beiträge zur Treibhausgasreduzierung verständigen. Hierzu äußern sich die G20 in ihrem Hangzhou-Kommuniqué leider nicht. Beklagenswert ist auch, dass die G20 die Themen Anpassung und Resilienz, die insbesondere für die Länder des globalen Südens von zentraler Bedeutung sind, nicht aufgegriffen haben. Hier sollte die Bundesregierung die G20 dazu bewegen, konkrete Maßnahmen zu identifizieren, die zur Stärkung der Klimaresilienz, beispielsweise durch ein Maßnahmenpaket zur finanziellen Resilienz gegenüber Wetterkatastrophen, insbesondere in den ärmsten und besonders verletzlichen Entwicklungsländern, beitragen können.

Gesundheit

Gesundheit ist Bedingung menschlicher Entwicklung. Sie ist mehr als das bislang allzu häufig betriebene Krisenmanagement: Jeder Mensch hat ein Recht auf Gesundheit. Deshalb sollte das Thema Gesundheit auch in den G20-Development-Track aufgenommen werden. Im Geiste der Alma-Ata-Erklärung und dem Verständnis der G7-Staaten folgend sollte Gesundheit weitaus umfassender als nur als Gesundheitskrisenmanagement definiert werden. Die G20-Staaten sollten sich zum universellen Zugang zu Gesundheitsversorgung bekennen und sich für den allgemeinen Zugang zu Gesundheitsversorgung einsetzen, insbesondere für die besonders vulnerablen und gefährdeten Gruppen.

Vor besonderen Herausforderungen stehen die G20 angesichts der sich ausweitenden antimikrobiellen Resistenzen. VENRO begrüßt deshalb, dass sie deren Gefahren für die öffentliche Gesundheit und die wirtschaftliche Entwicklung erkannt haben. Zu würdigen ist auch, dass sie sich für den angemessenen Einsatz von Antibiotika aussprechen und in die Forschung zu bezahlbaren neuen antimikrobiellen Wirkstoffen investieren wollen. Eine riesige Forschungslücke besteht jedoch auch bei vernachlässigten und armutsbedingten Krankheiten sowie bei neuen und vermehrt auftretenden Epidemien wie Ebola. Um diese Lücken zu schließen, ist es notwendig, neue Modelle für die biomedizinische Forschung und Entwicklung im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu stärken und die Forschungskosten von Produktpreisen und Verkaufsmengen zu entkoppeln. Die G20-Staaten sollten die Empfehlungen des „Berichts zum bezahlbaren Zugang zu Impfstoffen, Diagnostika und Medikamenten“ des UN-Generalsekretärs umsetzen.

Empowerment von Frauen

VENRO begrüßt, dass die G20 eine Wirtschaft schaffen *wollen*, die den Bedürfnissen aller Länder und Menschen Rechnung trägt, insbesondere auch denen von Frauen und Mädchen. Dies scheint allerdings nur ein Lippenbekenntnis zu sein. Auch ein Jahr nach der Gründung der G20-Arbeitsgruppe zu Frauen (W20) sind die Ergebnisse des Gipfels in Hangzhou mit Blick auf das wirtschaftliche Empowerment von Frauen und die zentralen Forderungen der W20 vom 26. Mai 2016 enttäuschend.

Die Bundesregierung sollte deshalb im Rahmen ihrer G20-Präsidentschaft rechtliche Regelungen für neue und flexible Arbeitsmodelle und zur Überwindung des geschlechterspezifischen Lohngefälles vorantreiben. Konkrete Maßnahme könnten beispielsweise auch darin bestehen, Sorgearbeit in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung aufzunehmen und damit aufzuwerten, mehr in die soziale Infrastruktur zur Kinderbetreuung, Altenpflege, Betreuung von Menschen mit Behinderung und Krankenpflege zu investieren und die gleichmäßige Verteilung von familiären Verantwortlichkeiten zwischen Frauen und Männern zu fördern. Weil Gewalt und fehlender Zugang zu Bildung und Gesundheit geschlechtsspezifische Barrieren darstellen, bedarf es Regelungen, um diese abzubauen. Weitere wirkungsvolle Maßnahmen sind zur Erhöhung einer gleichberechtigten Repräsentation von Frauen in Entscheidungs- und Führungspositionen sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor zu formulieren und umzusetzen. Die Bundesregierung hat die Chance,

STELLUNGNAHME

mittels ihrer G20-Präsidentschaft die Rahmenbedingungen für eine geschlechtergerechte und inklusive Wirtschaftspolitik zu verbessern.

Partizipation der Zivilgesellschaft

Weltweit ist zu beobachten, wie staatliche Maßnahmen die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft immer weiter einschränken. Das gilt auch für einige der G20-Länder wie China und Russland. VENRO hält es deshalb für notwendig, dass sich auch die G20 der Frage nach der Einhaltung menschenrechtlicher und demokratischer Prinzipien sowie der zivilgesellschaftlichen Partizipation widmen. Die Bundesregierung sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie mit zivilgesellschaftlichen Akteuren im G20-Prozess in Dialog tritt und diese über die G20-Arbeitsgruppe zu Zivilgesellschaft, genannt „C20“, umfassend und entscheidungsrelevant in die Beratungen einbindet.

Angesichts des drängenden und weiterhin immensen Handlungsbedarfs der G20 hinsichtlich nachhaltiger Entwicklung muss die Bundesregierung bis zum G20-Gipfel am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg ihre Präsidentschaft engagiert nutzen, um die G20 auf nachhaltigen Entwicklungskurs zu bringen.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)

Stresemannstr. 72

10963 Berlin

Tel.: 030 2639299-10

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

Berlin, September 2016

Redaktion:

Dr. Sonja Grigat

Endredaktion:

Michael Katèrta